

Wehrbeauftragten-Wahl

POSTENSCHACHER AUF DEM RÜCKEN DER BUNDESWEHR

Unsere Verbandszeitschrift *treue Kameraden* ist im engeren Sinne kein Politikmagazin, das soll auch so bleiben. Die Vorgänge um die Ausbootung von Hans-Peter Bartels als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages können aber nicht unkommentiert bleiben. Es geht um unsere Bundeswehr, die hat es so schon schwer genug.

Der Wehrbeauftragte als Verschiebebahnhof

Bei allen Vorbehalten, die in der grundpazifistischen SPD der Verteidigungs- und Militärpolitik sowie der Bundeswehr gegenüber gelten, hat sie doch erstaunlich respektable Verteidigungsminister wie etwa Helmut Schmidt, Georg Leber und auch Peter Struck hervorgebracht. Auch in der Riege der Wehrbeauftragten erinnern wir uns an langjährige Verteidigungsexperten wie beispielsweise Reinhold Robbe, der sich von 2005 bis 2010 einen sehr guten Ruf erworben hatte. Als vormaliger Vorsitzender des Verteidigungsausschusses war er bestens im Bilde über die Zustände in der Bundeswehr. Seine Kritik an den Verhältnissen in deutschen Kasernen und bei der Besoldung der Soldaten war glaubwürdig, weil er die Verhältnisse von innen heraus kannte. Sein Satz „Wer goldene Sterne links und rechts trägt, der muss auch mal den Mund aufmachen“ hallt bis heute nach.

Mit Hans-Peter Bartels, hochangesehen in Bundeswehr, Parlament und Öffentlichkeit, ist nun ein Wehrbeauftragter gegen seinen Willen aus dem Amt gedrängt worden, der mit seinen ungeschminkten Beschreibungen der Mangelzustände der Bundeswehr gut getan hat. Seine Jahresberichte waren an Deutlichkeit nicht zu überbieten, er legte zielsicher seine Finger in die zahllos schwärenden Wunden. Mit fundierten Argumenten forderte er Nachbesserungen zugunsten der Soldaten wie auch der Einsatzbereitschaft unserer Armee. Wiederholt klagte er über zu wenig

An den seit einigen Jahren wieder steigenden Verteidigungsausgaben hatte er zweifellos seinen Anteil. Wie wir nun erkennen mussten, hat Bartels' Wirken aber durchaus nicht jedem gefallen. Dem linkspazifistischen SPD-Fraktionsvorsteher im Bundestag Rolf Mützenich anscheinend gar nicht. Dieser war dem Vernehmen nach seit geraumer Zeit darauf aus, seinen sozialdemokratischen Parteigenossen Bartels loszuwerden, mit dem er in verteidigungspolitischen Grundsatzfragen über Kreuz liegt. Klar, wenn jemand dazu beiträgt, die Bundeswehr voran zu bringen und hierzu praktikable Vorschläge macht, muss der ausgetauscht werden. Das ist immerhin gelungen. Zur Wehrbeauftragten wurde nun also Eva Högl gewählt, eine Innen- und Rechtspolitikerin, von der man das Wort Bundeswehr noch nicht gehört hat. Immerhin hat sie bereits im NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages mitgewirkt.

Aufgaben des Wehrbeauftragten

Schauen wir uns bei dieser Gelegenheit die Aufgabe etwas näher an, um die es hier geht. Das Amt des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages wurde 1956 mit Ergänzung des Art. 45b Grundgesetz als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle der Bundeswehr geschaffen. Für den damaligen Bundesminister der Verteidigung Franz Josef Strauß hatte diese Funktion keine Priorität. Erst 1959 trat mit dem früheren Wehrmachtsgeneral Helmuth von Grolman der erste Wehrbeauftragte seinen Dienst in Bonn an. Dessen erster Jahresbericht löste prompt heftige Diskussionen aus. Äußerungen über einen zu schnellen Aufbau der neuen Streitkräfte mit nachteiligen Auswirkungen auf Stimmung und Geist der Truppe bezeichnete Strauß als Zuständigkeitsüberschreitung. Nach Vorwürfen einer homosexuellen Beziehung bat Grolman bereits nach zwei Jahren um seine Entlassung. Von Anfang an wurde der Spagat deutlich, den die Amtsinhaber zu bewältigen haben zwischen erkannten Problemen der Truppe einerseits und dem, was die politisch

Material,
zu wenig Personal, hingegen eine ausufernde
Bürokratie.
Die Rüstungsbeschaffung müsse radikal vereinfacht und
beschleunigt werden. Mit seinen Bestandsaufnahmen
hatte
er durchaus Erfolg, seine Worte fanden Gehör.

1

Initiative oder auf Weisung des Bundestages bzw. des
Verteidigungsausschusses tätig. Zu seinen Rechten
gehört,
jede Bundeswehrdienststelle ohne Anmeldung besuchen
und Auskunft und Akteneinsicht einfordern zu dürfen.
Er
unterliegt – außer gegenüber dem Parlament – keinerlei
Weisungsrecht. Informationen erhält er zusätzlich über
Gespräche und Eingaben aus der Bundeswehr. Jeder
Soldat
hat das Recht, sich direkt und ohne Einhaltung des
Dienstweges
unmittelbar an den Wehrbeauftragten zu wenden.
Wegen dessen Anrufung darf kein Soldat dienstlich
gemäßregelt
oder benachteiligt werden.
Die Grundrechte der Soldaten zu wahren und über die
Einhaltung der Grundsätze der Inneren Führung zu
wachen,
wurde von den inzwischen zwölf Amtsinhabern mit
unterschiedlichen Schwerpunkten interpretiert.
Ursprünglich als
Ombudsmann für die Wehrpflichtigen konzipiert, behielt
die Funktion des Wehrbeauftragten aber auch nach
Auslaufen
der Wehrpflicht seine Relevanz. Tausende von Eingaben
jährlich legen Zeugnis davon ab, dass für die
„Klagemauer
Wehrbeauftragter“ nach wie vor Bedarf besteht.

Keine Kenntnis der Bundeswehr

Verantwortlichen zu akzeptieren bereit waren
andererseits.
Im Laufe der Jahre hat sich der Wehrbeauftragte aber als
Hilfs- und Kontrollorgan des Parlamentes bei der
Ausübung
der „Dienstaufsicht“ über die Streitkräfte etabliert. Als
„Anwalt der Soldaten“ entwickelte sich eine
herausgehobene
Stellung innerhalb des parlamentarischen Systems,
wobei er weder Mitglied des Bundestages noch Beamter
sein darf. Der Wehrbeauftragte wird entweder auf eigene

2

Grünen-Abgeordnete und Verteidigungsexperte Winfried
Nachtwei bat den SPD-Fraktionsvorsitzenden schriftlich
um
eine Korrektur der Entscheidung: „Mit Hans-Peter
Bartels
eine so bewährte, über alle Parteigrenzen hinweg
anerkannte
,erste Vertrauensperson‘ der Soldaten ‚abzuwählen‘,
ist fachlich in keiner Weise begründbar und ... in der
Art und Weise des Vorgehens menschlich unanständig.“
Nachtwei beklagte, dass die „Personalentscheidung,
offenbar von fraktions-/partei-internen Motiven
bestimmt
sei und keine erkennbare Rücksicht auf die Belange der
Soldaten“ nehme. Er sah in dem Vorgang gar eine
Vorlage
für antidemokratische Kräfte. Immerhin hatte sich mit
Gerold Otten ein Luftwaffen-Oberst der Reserve und
Bundestagsabgeordneter der AfD für das hohe Amt zur
Wahl gestellt.
Rundum enttäuschend ist, was von den erklärten
Bundeswehrfreunden in den konservativen Parteien zu
hören war.
Anstatt für eine halbwegs qualifizierte Besetzung des
Amtes
des Wehrbeauftragten des Bundestags zu kämpfen, hat
man lieber der SPD-Fraktion tatenlos zugesehen, wie sie
dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in die vernunftfreie
Zone
folgte. Es waren so laue Sätze zu hören wie die des
CDU-Verteidigungspolitikers Henning Otte, der

In Anbetracht dieser Ausgangslage darf mit Fug und Recht die Frage gestellt werden, was von einer Wehrbeauftragten ohne Kenntnis der Bundeswehr und der Nöte seiner Soldaten erwartet werden kann. Oder andersherum: Wie können nur die Kontrollrechte, die ja auch Pflichten beinhalten, in unbedarfte Hände gelegt werden, die dieser Aufgabe gar nicht gewachsen sein können? Werden die Wirkungsmöglichkeiten derart geringgeschätzt, dass sie auch ein sprichwörtlicher Laie ausüben kann? Werden die fundamentalen Probleme der Bundeswehr auf allen Ebenen so wenig ernst genommen, so dass sich jedermann damit auseinandersetzen kann? Und wie verträgt sich das mit dem hochhehren Schlagwort von der Parlamentsarmee? Eva Högl mag ihre politischen Verdienste haben, die größte und diffizilste Organisation der Bundesrepublik Deutschland zu kontrollieren, dazu fehlen ihr alle fachlichen Voraussetzungen und jegliche eigene Erfahrung. Diese Personalie sorgte bei allen Bundestagsparteien für erhebliche Unruhe, insbesondere aber bei den Soldaten. Aus innerparteilichem Machtkalkül wurde das angesehene Amt des Wehrbeauftragten des Bundestages beschädigt. Einem schmierigen Theaterstück gleich wurden parteiliche Interessen vor das Staatswohl gestellt hat. Innerhalb der SPD-Fraktion warf der Bundestagsabgeordnete und Oberst d.R. Kahrs die Brocken hin, er hatte sich selbst Hoffnung auf den Posten gemacht. Die FDP-Verteidigungsexpertin Marie-Agnes Strack-Zimmermann nannte Högls Nominierung einen „Affront gegen die Soldaten“. „Frau Högl hat mit der Bundeswehr so viel zu tun wie ich mit dem Mäusemelken“ lautete ihr Kommentar. „Jetzt jemanden zu nehmen, der von der Materie keine Ahnung hat, zeigt einfach, dass Herr Mützenich null Bock auf die Institution Bundeswehr hat.“

Ein Scherbenhaufen als Ergebnis

Selbst die Grünen beklagten den unwürdigen Umgang mit der Personalie. Deren Obmann im Verteidigungsausschuss, Tobias Lindner, verlangte eine Erklärung, wieso Hans-Peter Bartels keine zweite Amtszeit erhalten sollte. Der frühere

anmahnte, Högl müsse sich schnell in die neue Funktion einarbeiten. Schlimmer noch: „Die Verteidigungspolitiker des Parlaments werden sie hierbei unterstützen. Umfassende sicherheitspolitische Vorbildung ist zum Ausfüllen dieses Amtes nicht zwingend notwendig.“ Nicht zu fassen diese Respektlosigkeit einer Institution gegenüber, die ein Herz für die Soldaten nur entwickeln kann, wenn wenigstens ein Grundverständnis für die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen gegeben ist. Dabei wäre die einzig richtige Antwort bei der interfraktionellen Abstimmung gewesen, als CDU/CSU-Fraktion in Anbetracht der SPD-Verirrung mit einem eigenen Kandidaten zu drohen. Das hätte die Sozis rasch zur Vernunft bringen können. Man hielt sich aber lieber an die ungeschriebene Regel, als größte Regierungspartei nicht den Wehrbeauftragten zu stellen. Immerhin warf Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer der SPD eine Abkehr von der „Realpolitik“ als umgekehrte Entwicklung der Grünen vor, die nach und nach ihre „Fundis“ entmachtet hätten. Was hat es aber bewirkt? Mit Duldung der CDU/CSU haben sich SPD-Fundis durchgesetzt und einen Scherbenhaufen angerichtet. Ein Postenschacher, der vorhandene Vorurteile über politische Kuhhandel eindrucksvoll bestätigt. Kompetenzen spielen anscheinend keine Rolle. Ausschlaggebend sind allein parteitaktische, völlig sachfremde Erwägungen. Was bleibt ist die vage Hoffnung, dass sich Eva Högl trotz des Fehlens aller Voraussetzungen in ihr neues Amt halbwegs brauchbar einfinden wird. Die Bundeswehr wird es so oder so aushalten müssen. In Treue fest!

Ihr Richard Drexler